

Volks-Zeitung

Um das Tempelhofer Geld.

Die Seele des Finanzkonjunktions, das die Gemeinde Tempelhof veranlassen will, den westlichen Teil des Tempelhofer Feldes vom Militärstützpunkt zu erwerben, soll Herr Georg Haberland von der Berlinischen Bodengesellschaft sein. An dem Unternehmen will sich auch die Dresdener Bank beteiligen. Herr Haberland will also seine Tätigkeit von Schöneberg nach Tempelhof verlegen.

Wie man uns aus Tempelhof berichtet, geht man in der dortigen Einwohnerschaft den Finanzplänen des Herrn Haberland gegenüber sehr ernste Bedenken. Vorausgesetzt, daß der Kreis Zellow die von dem Fiskus verlangte Garantie leistet — was keineswegs als ausgemacht gelten kann — so würde damit doch die Gemeinde Tempelhof eine Last auf sich nehmen, der sie finanziell nicht im geringsten gewachsen ist. Man bedenke, daß die vom Militärstützpunkt verlangte Summe sich auf 74 Millionen Mark beläuft und daß dazu noch mindestens 10 Millionen Mark für den Bau von Straßen usw. hinzu kommen. Zu erlangen hat man ferner, daß Tempelhof, wenn es die Pläne des Herrn Haberland zur Durchführung bringen will, keineswegs auf ein Eingetragenes der Stadt Berlin hinsichtlich der Weiterführung des Bahnhofs nach dem Kreuzberg hinaus nach dem neu zu erschließenden Gelände zu rechnen hat.

Die Sache würde aber sofort ein anderes Gesicht erhalten, wenn die Gemeinde Tempelhof sich dazu entschließen wollte, ihr ganzes Gebiet mit dem neu zu erwerbenden Tempelhofer Feld in Berlin einzugemeinden. Tatsächlich ist nur die Stadt Berlin mit ihrer großen finanziellen Kraft dazu imstande, das Risiko zu übernehmen. Dazu hat sie in der Weiterführung der Untergrundbahn Nord-Süd das einzige Mittel in der Hand, um das neue Gelände dem Verkehr wirksam zu erschließen.

Die Kaufschwierigkeit liegt in der bisherigen Weigerung der preussischen Regierung, der Eingemeindung des Tempelhofer Feldes in Berlin zuzustimmen. Wenn aber die Regierung sieht, daß der Militärstützpunkt das Geld für den westlichen Teil des Tempelhofer Feldes auf eine andere Weise als durch die Eingemeindung von ganz Tempelhof nicht erhalten kann, so wird sie sich notgedrungen dazu entschließen müssen, in diese Eingemeindung zu willigen. Der Berliner Magistrat soll bereits die Tempelhofer Gemeindevorstellung gegenüber prinzipiell sein Einverständnis ausgesprochen haben. Das ganze Gebiet von Tempelhof zum Neubund gebracht, offensichtlich ist man in Tempelhof einmütig genug, dieses Angebot des Berliner Magistrats anzunehmen. Die Eingemeindung Tempelhofs in Berlin bietet lastendlich die einzige Möglichkeit, die Frage der Bekämpfung des Tempelhofer Feldes in zweckentsprechender und erspinnerischer Weise zu lösen. Sogleich wird es in der nächsten Zeit immer weiteren Kreisen klar werden, daß nur auf diesem Wege der Süden von Groß-Berlin dem schon lange von ihm erwarteten Aufschwunge entgegengeführt werden kann.

Gegen die Fleischnot.

Ein Privat-Telegramm aus Köln meldet uns: In den sonnen-gebenden Fleischpreisen wird angesetzt. In Massenpetitionen an den Landwirtschaftsminister zur Ergrößerung aller zur Milderung der gegenwärtigen Fleischnot durchführbaren Maßnahmen nur das zu fordern, was eine wirkliche Milderung der Fleischnot herbeiführt und an zentraler Stelle nicht eine stritte Abschnung erfolgen kann, was mannde per in letzter Zeit erprobene Fortschritte. Zu den zu erprobenden Fortschritten gehöre die zeitweise Deckung der höchsten Preise der Fleischpreise durch Erleichterung der Viehein- und Ausfuhr aus Dänemark. Ueber diese beiden Punkte wird sich auch der heute folgende Oberminister auf reichlich-wirksamen Wege begeben. Weiter soll angebracht werden, daß auch die Fortforderungen der Städte in diesen Grenzen bewegen.

Der deutsche Kaiser in Wien.

Aus Wien wird berichtet: Bei der Coire, die gestern abend um 9 1/2 Uhr zu Ehren Kaiser Wilhelms vom Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand veranstaltet wurde, sah Kaiser Wilhelm zwischen der Bergung von Höhenberg und der Fürstin zu Fürstentum. Nach dem Souper ließ der Kaiser nach Schönbrunn zurück.

Der deutsche Kaiser hat dem Bürgermeister von Wien, Dr. Reumann den Ehren zum Kronenorden zweiter Klasse, dem Stadtmagister Gieshammer den Kronenorden zweiter Klasse verliehen.

Eiderhochzeit in Karlsruhe. Bei der Galafeier zur Feier der silbernen Hochzeit des badischen Großherzogs und der Kaiserin in Karlsruhe stattfand, brachte Prinz Waldemar von Preußen als Vertreter des Kaisers folgenden Trinkspruch aus:

„Den höchsten Ehren und Glorien bin ich beauftragt, Euren Königlichen Hoheiten die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche zum heutigen Jubeltage auszusprechen. Mögen Eure Königlichen Hoheiten noch fernere 35 glückliche Jahre auf Erden verbringen, ungetrübt durch irgendeine Sorge und Stürme. Hiermit erbeuge ich mein Glas und fordere Sie auf, einzustimmen in den Wunsch, Ihre geliebten Herrschaften, Seine Königliche Hoheit der Großherzogin und Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin, sie leben hoch!“

Der Großherzog erwiderte mit dankenden Worten.

Zeitungsverbot. Im Anhang ist erst das Berliner Tageblatt und nun auch die „Frankfurter Zeitung“ verboten worden. Der alte Arie, die Wahrheit zu unterbreiten. Die Reaktion meist sich überall gleich, ob in Stuttgart oder in Preußen. In Preußen verbot man unbenutzte Blätter von den Bahnhöfen, in Preußen verbot man die hohen Gehälter erwandten Männern — Reanten und Unterbeamten — die Letztere unbenutzte Blätter. Wo mit derartigen Verfügungen regiert wird, liegt immer ein geistiger Verfall vor.

„Im Interesse des Dienstes“ ist der Organisator des national-liberalen Wahlzuges in Ost- und Westpreußen, Dr.

Kurze Chronik.

• Der frühere Staatssekretär Dornburg soll im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis als fortschrittlicher Kandidat aufgestellt werden.

Der neue Unterstaatssekretär Dr. Wöhner hat heute seinen Dienst im Reichskolonialamt angetreten.

• Zwischen Sachsen-Meinungen und Sachsen-Weimar wird ein Gebietsaustausch vorbereitet.

• Auf dem sozialdemokratischen Parteitag am 2. heute vormittag in der Suburbane in Berlin des Ausschusses von Rosa Luxemburg zu stützenden Exagen.

• Die passive Resistenz der Angestellten der Österreichischen Südbahn wurde aufgehoben.

Der Ausbruch der Grubenarbeiter in Wiltbad ist nach mehrmonatiger Dauer beendet worden.

• Näheres im Text des Blattes.

Reisart Dr. Thomalla, der seit der Niederlage der Konfessionen bei den Agrariern der begehrtete Mann im Ostpreußen ist, nach der Königs-Gart. Bld. nach Süden. In die Westfalen verlegt worden.

Selbstverständlich hat die politische Tätigkeit des Herrn Dr. Thomalla nicht aus politischen Gründen entsetzt worden; auch der Rettung des Krankenhauses ist worden; so etwas kommt in Preußen nie vor. Unter seiner Leitung war das Krankenhaus stets beliebt, jetzt sieht es nahezu leer, was das liegt natürlich „im Interesse des Dienstes“.

Der Ertrag des Papstes.

Amerikanische Blätter berichten, Mr. Pierpont Morgan, der bekannte Multimillionär, stehe in Verhandlungen mit dem Vatikan, um den Ertrag zu kaufen, den Pops Pius IX. bevor er seine weltliche Herrschaft verlässt, zu bekommen pflege, was das, vermutlich einmengen vertriebt und verkauft, in irrenden Schuppen liegt, seitdem das Oberhaupt der katholischen Christenheit sich als „Befangenen“ betrachtet und das Gebiet der enigen Stadt nicht mehr verlässt. Die amerikanischen Blätter behaupten, Mr. Morgan habe für den Kauf fünf Millionen Dollars, 20 Millionen Mark, geboten und diese ungeheure Summe habe den Vatikan dem Abschlusse des Geschäfts günstig gestimmt zu haben.

Wir sind gewohnt, die Amerikaner mit den Millionen an sich werfen zu sehen, aber diesmal scheinen sie uns den Mund denn doch etwas feil voll genommen zu haben. Denn 20 Millionen sind für einen alten, seit vierzig Jahren ausgedienten Ehenbühnen auch dann reichlich viel, wenn sich, wie es hier der Fall ist, allerhand interessanter geschichtliches Erinnerungen mit ihm verbinden.

Pops Pius IX. war im Gegensatz zu seinem Vorgänger auf dem Stuhle Petri Gregor XVI. durchaus sein Feind der Eisenbahnen. Im Gegenteil, ihm geblüht das Verbot, den italienischen Provinzen, die ehemals den Kirchenstaat bildeten, das erste Eisenbahnnetz geschickt zu haben, das freilich infolge von technischen Schwierigkeiten und der Unordnung in den Finanzen nur langsam zustande kam. Mehrere der vom Rom ausgedienten Eisenbahnlinien eröffnete Pops Pius IX. in eigener Person und besah sie, bevor sie zum ersten Male befahren wurden. Er behielt sie G. de Geselle in seinem Werke über die letzten Tage des päpstlichen Rom erzählt, zwei Salomonen, die sich von den Wagen anderer Souveräne dadurch unterscheiden, daß sie außer einem Schlaf- und Ankleidezimmer und einem Wohnzimmer auch noch — eine Kapelle enthielten. Der eine dieser Wagen wurde dem Pops bei der Eröffnung der Linie Rom-Givita Vecchia von deren Erbauern, einer spanischen Gesellschaft, geschenkt. Er war in Paris mit großen Kosten angefertigt worden und ganz in Weiß und Gold gehalten. Der andere Wagen hand auf der Linie Rom-Frascati bei den Pops bereit und war dadurch in seiner Art einzig, daß die Türen mit überhand lateinischen Weisprüchen geschmückt waren, die, halb ernsthaft, halb scherzhaft, auf die damals noch neue Erfindung der Eisenbahnen bezogen werden konnten.

So las man auf einer der Türen das Wort Christi: „Geh hin in alle Welt!“ Auf einer anderen stand aus dem zweiten Buche der Apokalypse: „Wohin die Himmelsfahrt des Propheten Elias geschiedert ist, der sagte: „Wohin, da kam ein feuriger Wagen mit vierzig Rädern!“ und auf einer dritten die messianische Weissagung, „daß die Täter erhöht und die Menge und Gügel erniedrigt werden sollen.“

Pops Pius IX. behielt eine gute Zofin Summe und soll, wie G. de Geselle berichtet, gerade diese Zofinnen der originalen Instruktionen wegen besonders gern benutzt haben. Wenn der Vatikan den alten Ertrag wirklich mit großem Gewinn losschlagen sollte, dann wird man wohl dafür für den reichen päpstlichen Haushalt mehrere Automobile anschaffen.

Terzberg Berliner Reichstagskandidat. Wie der Berl. Vorl.-Cour. hört, ist Bernhard Terzberg eine Auffstellung im zweiten Berliner Wahlkreis beabsichtigt, den jetzt der Sozialdemokrat Hilger vertritt. — Und ein Sozialdemokrat, mag er Hilger oder sonstwie heißen, wird den Wahlkreis auch wohl weiter vertreten. Dafür sorgt Herr v. Bethmann Hollweg.

Ein Gebietsaustausch. Aus Jena schreibt man uns: Das alte Westdorf Völschen bei Jena, zurzeit noch meiningisches „Ausland“, soll wiewarlich werden und zwar soll diese Westdörfer im Weimarer Land gegen den meiningischen Anteil von Kranichfeld eingetauscht werden. An Kranichfeld geht die Grenze durch die Häuser mehrerer Straßen hindurch so daß die Kranichfelder in Meiningen Mittag essen und in Weimar schlafen. Diesen „intentionalen“ Zustand soll ein Ende bereitet werden. — Auch mit den ewigen Zündheitsstreitigkeiten zwischen Jena und Völschen sind auf-

läumt werden. Alle Studentenreiche, die die Jeneser Polizei treffen sollen, werden an der weinlich-meiningschen Grenze der Völschen verbleiben. Die Völschener bestrafen ihre Studenten und nicht, weil ewiger Bürgerdünkel im „Großherzogtum Völschen“ herrscht. Auch die Bauhöfen in Völschen ärgern die Jeneser Polizei. Deshalb muß Völschen, diese Studentenfreizeit, weimarisch werden.

Sozialdemokratischer Parteitag.

2. Verhandlungstag.
(Telegraphischer Bericht)

München, 21. September.

Die Debatte über die Budgetbewilligung wurde heute fortgesetzt und nahm teilweise einen äußerst lebhaften Charakter an. Panzer-Bonreuth sprach als erster Redner. Er betonte, daß er in Nürnberg zu den 66 gehört habe, die die bekannte Vernehmung unterschrieben haben. Auf Grund der Ablehnung der badischen Verordnungen über die Vernehmung, sondern auch für den Vernehmungsantrag Jubel ein. (Lachen bei der Minderheit.) Gemeindevollmächtigter Mauerer: Millionen sind zu bekommen und erwarten von uns praktische Erfolge. Wenn es nicht ein einziges neues Element ist in diese Debatte hineingeworfen worden, die wir nun leider schon seit 16 Jahren haben. Hat keinen einzigen Gebiet haben unsere badischen Genossen im badischen Landtag wirklich prinzipielle Forderungen durchsetzen können. (Lachen bei der Minderheit.) Das Parlament hat die erfolgreiche praktische Politik im badischen Landtag vor das Schlichte. Aber mit diesem Schlichte sind nicht einmal die Länder einverstanden, und dann müßten die badischen Genossen den grandiosen Erfolg, daß nunmehr ein Schlichte angeht wird. (Geheul bei der Mehrheit.) Die badischen Genossen sind sehr glücklich, daß die Mehrheit, die die badischen Genossen nicht, daß die Mehrheit, wenn sie sich politisch belästigen, genau so auf das Straßensplatter fliegen, wie die Mehrheit im übrigen Deutschland, und was wird die Mehrheit aus den Protesten heraus? Es sind die Schlichte, welche Genossen und Franz (Schlichte) Verfall bei der Mehrheit.) Der ganze Erfolg unter Bonreuth besteht aus kämpfhaft aufgebauchten Eppatien. Das Budget wäre auch ohne ihre Zustimmung angenommen worden, und dadurch, daß sie nicht zustimmen, haben sie nur das erhebende Schauspiel bei einmütigen Annahme des Budgets zustande gekommen. (Die Mehrheit ist abgelaufen und der Vorsitzende Dieß fingelt mit der Glocke.) Ich verlaufe zwanzig Minuten Redezeit, denn ich muß mich nicht begründen. Ich muß mich darauf hinweisen, daß die württembergischen Abgeordneten gehen hier eine Erklärung haben verlassen lassen, die im Widerspruch steht mit dem Empfinden der württembergischen Mehrheit. Diese Erklärung zeigt uns, daß die Mehrheit mit dem Volk genau so umspringen, wie die Mehrheit mit dem König. Und das Volk, wenn es unruhig Willen tut (Verfall bei der Mehrheit. Irrruhe bei der Mehrheit.) Ueber die Köpfe der württembergischen Mehrheit hinweg hat man hier eine Demonstration für die Badener in Szene gesetzt.

Rosa Luxemburg:

Aus den Reden Franks und Roths habe ich die größte Aufmerksamkeit ein einziges Argument für die Budgetbewilligung herausgehört können. Wenn Sie taub sind, natürlich nicht! Sie sind ein einziges, neues Element ist in diese Debatte hineingeworfen worden, die wir nun leider schon seit 16 Jahren haben. Hat keinen einzigen Gebiet haben unsere badischen Genossen im badischen Landtag wirklich prinzipielle Forderungen durchsetzen können. (Lachen bei der Minderheit.) Das Parlament hat die erfolgreiche praktische Politik im badischen Landtag vor das Schlichte. Aber mit diesem Schlichte sind nicht einmal die Länder einverstanden, und dann müßten die badischen Genossen den grandiosen Erfolg, daß nunmehr ein Schlichte angeht wird. (Geheul bei der Mehrheit.) Die badischen Genossen sind sehr glücklich, daß die Mehrheit, die die badischen Genossen nicht, daß die Mehrheit, wenn sie sich politisch belästigen, genau so auf das Straßensplatter fliegen, wie die Mehrheit im übrigen Deutschland, und was wird die Mehrheit aus den Protesten heraus? Es sind die Schlichte, welche Genossen und Franz (Schlichte) Verfall bei der Mehrheit.) Der ganze Erfolg unter Bonreuth besteht aus kämpfhaft aufgebauchten Eppatien. Das Budget wäre auch ohne ihre Zustimmung angenommen worden, und dadurch, daß sie nicht zustimmen, haben sie nur das erhebende Schauspiel bei einmütigen Annahme des Budgets zustande gekommen. (Die Mehrheit ist abgelaufen und der Vorsitzende Dieß fingelt mit der Glocke.) Ich verlaufe zwanzig Minuten Redezeit, denn ich muß mich nicht begründen. Ich muß mich darauf hinweisen, daß die württembergischen Abgeordneten gehen hier eine Erklärung haben verlassen lassen, die im Widerspruch steht mit dem Empfinden der württembergischen Mehrheit. Diese Erklärung zeigt uns, daß die Mehrheit mit dem Volk genau so umspringen, wie die Mehrheit mit dem König. Und das Volk, wenn es unruhig Willen tut (Verfall bei der Mehrheit. Irrruhe bei der Mehrheit.) Ueber die Köpfe der württembergischen Mehrheit hinweg hat man hier eine Demonstration für die Badener in Szene gesetzt.

Raute Schlußrede bei der Minderheit.

Die Mehrheit ruft: Ruhe, Ruhe! Der Vorsitzende Reichstags-Abgeordneter Dieß fingelt mit der Glocke und läßt vergeblich Ruhe zu schaffen. Es kommt zu förmlicher Examen, da die Minderheit Frau Luxemburg durch Zurufe am Weiterpredigen hindern sucht. Vorl. Dieß: Die Rednerin muß doch wenigstens einen Schlußsatz sagen können.

Reichstagsabgeordneter Dr. Frank: Genossin Luxemburg, Ihre Zeit ist vorbei! (Heißerkeit bei der Minderheit, die darin dauert an. Schließlich tritt Rosa Luxemburg mit stimmigem Beifall der Mehrheit ab.)

Es folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Redakteur Dittmann: Entgegen bisher war es bei und nicht, daß ein Redner immer den Schlußsatz sagen konnte. Ich stelle fest, daß die Genossin Luxemburg die Budgetbewilligung dieses Recht bestritten werden sollen. (Stimmiger Beifall bei der Mehrheit. Ich stelle fest, daß die Genossin Luxemburg durch Zurufe am Weiterpredigen hindern sucht.) (Stimmiger Beifall bei der Mehrheit.)

Reichstagsabgeordneter Sedwaggen: Ich beantrage andrücklich, die Genossin Luxemburg nach zehn Minuten sprechen zu lassen. Wenn einem Redner durch Unterbrechung einer Minderheit es unzulässig gemacht wird, wenigstens noch eine Minute zu sprechen, dann ist es notwendig, daß man ihm die Möglichkeit gibt, die Redezeit voll auszunutzen zu können.

Vorsitzender Dieß: Dieser Antrag ist durchaus unzulässig. Genossin Luxemburg hatte bereits 15 Minuten gesprochen. Das muß auch konstatiert werden. (Geheul bei der Minderheit.) Während dieser 15 Minuten war es ruhig, erst nach den 15 Minuten begann der Lärm und die Zwischenrufe. Es ist notwendig, daß alle Redner sich den Anordnungen des Vorsitzenden fügen, sonst können wir die Ordnung hier nicht aufrechterhalten. Rosa Luxemburg: Ich verzichte aufs Wort. — Reichstagsabgeordneter Sedwaggen: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

Gesamt wurde in der Debatte fortgesetzt. Redakteur Heilmann: Genossin Reichard: Es hat die Budgetbewilligung nicht als Demonstration gegen den Reichstag aufgestellt, sondern als Ausdruck liberaler Freiheit. (Hört, hört!) Er hat gesagt, die Budgetbewilligung habe nur einen Sinn, wenn die Steuererhöhung mit der Waffe entgegengesetzt. (Hört, hört!) bei der

